

Übereinkommen über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen, einschliesslich Diplomaten

Abgeschlossen in New York am 14. Dezember 1973
Von der Bundesversammlung genehmigt am 29. November 1984²
Schweizerische Beitrittsurkunde hinterlegt am 5. März 1985
In Kraft getreten für die Schweiz am 4. April 1985
(Stand am 18. Februar 2015)

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens,

in Anbetracht der Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen³ betreffend die Wahrung des Weltfriedens und die Förderung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten,

in der Erwägung, dass Straftaten gegen Diplomaten und andere völkerrechtlich geschützte Personen, die deren Sicherheit gefährden, die Aufrechterhaltung normaler, für die Zusammenarbeit zwischen den Staaten notwendiger internationaler Beziehungen ernstlich bedrohen,

in dem Bewusstsein, dass die Begehung solcher Straftaten der Völkergemeinschaft Anlass zu ernster Besorgnis gibt,

überzeugt, dass es dringend notwendig ist, geeignete und wirksame Massnahmen zur Verhütung, Verfolgung und Bestrafung solcher Straftaten zu ergreifen,

haben folgendes vereinbart:

Art. 1

Im Sinne dieses Übereinkommens

1. bedeutet der Ausdruck «völkerrechtlich geschützte Person»
 - a) ein Staatsoberhaupt, einschliesslich eines jeden Mitglieds eines Kollegialorgans, das nach der Verfassung des betreffenden Staates die Aufgaben eines Staatsoberhauptes wahrnimmt, einen Regierungschef oder einen Aussenminister, wenn sie sich in einem fremden Staat aufhalten, sowie die sie begleitenden Familienmitglieder;

AS 1985 439; BBl 1984 I 629

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.

² AS 1985 438

³ SR 0.120

- b) jeden Vertreter oder jede Amtsperson eines Staates oder jeden Beamten oder sonstigen Beauftragten einer zwischenstaatlichen Organisation, die zu der Zeit und an dem Ort der Begehung der gegen sie, ihre Diensträume, ihre Privatwohnung oder ihre Beförderungsmittel gerichteten Straftat nach dem Völkerrecht Anspruch auf besonderen Schutz gegen jeden Angriff auf ihre Person, Freiheit oder Würde haben, sowie die mit ihnen im gemeinsamen Haushalt lebenden Familienmitglieder;

2. bezeichnet der Ausdruck «Verdächtiger» eine Person, gegen die ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass sie eine oder mehrere der in Artikel 2 genannten Straftaten begangen hat oder daran beteiligt war.

Art. 2

1. Die vorsätzliche Begehung

- a) einer Tötung, einer Entführung oder eines sonstigen Angriffs auf die Person oder Freiheit einer völkerrechtlich geschützten Person;
- b) eines gewaltsamen Angriffs auf die Diensträume, die Privatwohnung oder die Beförderungsmittel einer völkerrechtlich geschützten Person, der geeignet ist, deren Person oder Freiheit zu gefährden;
- c) einer Bedrohung mit einem solchen Angriff;
- d) eines Versuches eines solchen Angriffs und
- e) einer Teilnahmehandlung an einem solchen Angriff wird von jedem Vertragsstaat nach innerstaatlichem Recht mit Strafe bedroht.

2. Jeder Vertragsstaat bedroht diese Straftaten mit angemessenen Strafen, welche die Schwere der Tat berücksichtigen.

3. Die Absätze 1 und 2 berühren nicht die völkerrechtlichen Verpflichtungen der Vertragsstaaten, alle geeigneten Massnahmen zu treffen, um sonstige Angriffe auf die Person, Freiheit oder Würde einer völkerrechtlich geschützten Person zu verhindern.

Art. 3

1. Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 2 genannten Straftaten in folgenden Fällen zu begründen:

- a) wenn die Straftat im Hoheitsgebiet dieses Staates oder an Bord eines in diesem Staat eingetragenen Schiffes oder Luftfahrzeugs begangen wird;
- b) wenn der Verdächtige Angehöriger dieses Staates ist;
- c) wenn die Straftat gegen eine in Artikel 1 bezeichnete völkerrechtlich geschützte Person begangen wird, die ihre Rechtsstellung als solche auf Grund von Aufgaben genießt, die sie für diesen Staat wahrnimmt.

2. Ebenso trifft jeder Vertragsstaat die notwendigen Massnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über diese Straftaten für den Fall zu begründen, dass der Verdächtige

sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht nach Artikel 8 an einen der in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Staaten ausliefert.

3. Dieses Übereinkommen schliesst eine Strafgerichtsbarkeit, die nach innerstaatlichem Recht ausgeübt wird, nicht aus.

Art. 4

Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Verhütung der in Artikel 2 genannten Straftaten zusammen, indem sie insbesondere

- a) alle durchführbaren Massnahmen treffen, um Vorbereitungen in ihren jeweiligen Hoheitsgebieten für die Begehung dieser Straftaten innerhalb oder ausserhalb ihrer Hoheitsgebiete zu verhindern;
- b) Informationen austauschen sowie Verwaltungs- und andere Massnahmen miteinander abstimmen, die geeignet sind, die Begehung dieser Straftaten zu verhindern.

Art. 5

1. Der Vertragsstaat, in dem eine der in Artikel 2 genannten Straftaten begangen wurde und der Grund zu der Annahme hat, dass ein Verdächtiger aus seinem Hoheitsgebiet geflohen ist, übermittelt allen anderen in Betracht kommenden Staaten unmittelbar oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen alle sachdienlichen Angaben über die begangene Straftat und alle verfügbaren Informationen, welche die Identität des Verdächtigen betreffen.

2. Ist eine der in Artikel 2 genannten Straftaten gegen eine völkerrechtlich geschützte Person begangen worden, so bemüht sich jeder Vertragsstaat, der Informationen über das Opfer und die Umstände der Straftat besitzt, diese Informationen unter den in seinem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen in vollem Umfang sofort dem Vertragsstaat zu übermitteln, für den die betreffende Person ihre Aufgaben wahrgenommen hat.

Art. 6

1. Hält der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, es in Anbetracht der Umstände für gerechtfertigt, so trifft er nach seinem innerstaatlichen Recht die geeigneten Massnahmen, um die Anwesenheit des Verdächtigen zum Zweck der Strafverfolgung oder der Auslieferung sicherzustellen. Diese Massnahmen sind unverzüglich, unmittelbar, oder über den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu notifizieren:

- a) dem Staat, in dem die Straftat begangen wurde;
- b) dem oder den Staaten, deren Angehöriger der Verdächtige ist, oder, wenn er Staatenloser ist, in deren Hoheitsgebiet er seinen ständigen Aufenthalt hat;
- c) dem oder den Staaten, deren Angehörige die betroffene völkerrechtlich geschützte Person ist oder für die ihre Aufgaben wahrgenommen hat;

- d) allen anderen in Betracht kommenden Staaten und
- e) der zwischenstaatlichen Organisation, deren Beamter oder sonstiger Beauftragter die betroffene völkerrechtlich geschützte Person ist.

2. Jeder, gegen den die in Absatz 1 bezeichneten Massnahmen getroffen werden, ist berechtigt,

- a) unverzüglich mit dem nächsten zuständigen Vertreter des Staates, dessen Angehöriger er ist, der sonst zur Wahrung seiner Rechte befugt ist oder der, wenn der Betreffende staatenlos ist, auf seine Bitte zur Wahrung seiner Rechte bereit ist, in Verbindung zu treten und
- b) den Besuch eines Vertreters dieses Staates zu empfangen.

Art. 7

Der Vertragsstaat, in dessen Hoheitsgebiet sich der Verdächtige befindet, hat, wenn er ihn nicht ausliefert, den Fall ohne irgendeine Ausnahme und ohne unangemessene Verzögerung seinen zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung in einem Verfahren nach seinem Recht zu unterbreiten.

Art. 8

1. Soweit die in Artikel 2 genannten Straftaten nicht als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen von einem zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag erfasst werden, gelten sie als in diesen Vertrag aufgenommen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen in jeden künftig zwischen ihnen zu schliessenden Auslieferungsvertrag aufzunehmen.

2. Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungersuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so kann er, wenn er sich für die Auslieferung entscheidet, dieses Übereinkommen in Bezug auf diese Straftaten als Rechtsgrundlage für die Auslieferung ansehen. Die Auslieferung unterliegt dem Verfahrensrecht und den übrigen im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

3. Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich diese Straftaten als der Auslieferung unterliegende strafbare Handlungen vorbehaltlich des Verfahrensrechts und der übrigen im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen an.

4. Diese Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferungen zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Staaten begangen worden, die verpflichtet sind, ihre Gerichtsbarkeit nach Artikel 3 Absatz 1 zu begründen.

Art. 9

Jedem, gegen den ein Verfahren wegen einer der in Artikel 2 genannten Straftaten durchgeführt wird, ist während des gesamten Verfahrens eine gerechte Behandlung zu gewährleisten.

Art. 10

1. Die Vertragsstaaten gewähren einander die weitestgehende Hilfe im Zusammenhang mit Verfahren, die in Bezug auf die in Artikel 2 genannten Straftaten eingeleitet werden, einschliesslich der Überlassung aller ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren erforderlichen Beweismittel.
2. Absatz 1 lässt Verpflichtungen über die gegenseitige Rechtshilfe unberührt, die in anderen Verträgen enthalten sind.

Art. 11

Der Vertragsstaat, in dem ein Verdächtiger strafrechtlich verfolgt wird, teilt den Ausgang des Verfahrens dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mit; dieser unterrichtet die anderen Vertragsstaaten.

Art. 12

Dieses Übereinkommen lässt die Anwendung der im Zeitpunkt seiner Annahme geltenden Asylverträge zwischen den Vertragsstaaten dieser Verträge unberührt; jedoch kann sich ein Vertragsstaat dieses Übereinkommens gegenüber einem anderen Vertragsstaat, der nicht Vertragspartei jener Verträge ist, nicht auf diese berufen.

Art. 13

1. Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens, die nicht durch Verhandlungen beigelegt wird, ist auf Verlangen eines dieser Staaten einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Können sich die Parteien binnen sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, zu dem das Schiedsverfahren verlangt worden ist, über seine Ausgestaltung nicht einigen, so kann jede dieser Parteien die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof unterbreiten, indem sie einen seinem Statut entsprechenden Antrag stellt.
2. Jeder Vertragsstaat kann bei der Unterzeichnung oder der Ratifikation des Übereinkommens oder dem Beitritt zu diesem erklären, dass er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden betrachtet. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen solchen Vorbehalt gemacht hat, durch Absatz 1 nicht gebunden.
3. Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 gemacht hat, kann diesen Vorbehalt jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurückziehen.

Art. 14

Dieses Übereinkommen liegt bis zum 31. Dezember 1974 am Sitz der Vereinten Nationen in New York für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

Art. 15

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Art. 16

Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Art. 17

1. Dieses Übereinkommen tritt am dreissigsten Tag nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

2. Für jeden Staat, der das Übereinkommen nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beiträgt, tritt es am dreissigsten Tag nach Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde durch diesen Staat in Kraft.

Art. 18

1. Jeder Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

2. Die Kündigung wird sechs Monate nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär der Vereinten Nationen wirksam.

Art. 19

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen unterrichtet alle Staaten unter anderem

- a) über Unterzeichnungen dieses Übereinkommens, über die Hinterlegung von Ratifikations- oder Beitrittsurkunden nach den Artikeln 14, 15 und 16 und über Notifikationen nach Artikel 18;
- b) über den Zeitpunkt, zu dem dieses Übereinkommen nach Artikel 17 in Kraft tritt.

Art. 20

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt allen Staaten beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen, das am 14. Dezember 1973 in New York zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, unterschrieben.

(Es folgen die Unterschriften)

Geltungsbereich am 18. Februar 2015⁴

| Vertragsstaaten | Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) | Inkrafttreten |
|-------------------------|---|-------------------|
| Afghanistan | 24. September 2003 B | 24. Oktober 2003 |
| Ägypten | 25. Juni 1986 B | 25. Juli 1986 |
| Albanien | 22. Januar 2002 B | 21. Februar 2002 |
| Algerien* | 7. November 2000 B | 7. Dezember 2000 |
| Andorra* | 23. September 2004 B | 23. Oktober 2004 |
| Antigua und Barbuda | 19. Juli 1993 B | 18. August 1993 |
| Äquatorialguinea | 7. Februar 2003 B | 9. März 2003 |
| Argentinien* | 18. März 1982 B | 17. April 1982 |
| Armenien | 18. Mai 1994 B | 17. Juni 1994 |
| Aserbaidzhan | 2. April 2001 B | 2. Mai 2001 |
| Äthiopien* | 16. April 2003 B | 16. Mai 2003 |
| Australien | 20. Juni 1977 | 20. Juli 1977 |
| Bahamas | 22. Juli 1986 B | 21. August 1986 |
| Bahrain | 16. September 2005 B | 16. Oktober 2005 |
| Bangladesch | 20. Mai 2005 B | 19. Juni 2005 |
| Barbados | 26. Oktober 1979 B | 25. November 1979 |
| Belarus* | 5. Februar 1976 | 20. Februar 1977 |
| Belgien | 19. Mai 2004 B | 18. Juni 2004 |
| Belize | 14. November 2001 B | 14. Dezember 2001 |
| Benin | 31. Juli 2003 B | 30. August 2003 |
| Bhutan | 16. Januar 1989 B | 15. Februar 1989 |
| Bolivien | 22. Januar 2002 B | 21. Februar 2002 |
| Bosnien und Herzegowina | 1. September 1993 N | 6. März 1992 |
| Botsuana | 25. Oktober 2000 B | 24. November 2000 |
| Brasilien* | 7. Juni 1999 B | 7. Juli 1999 |
| Brunei | 13. November 1997 B | 13. Dezember 1997 |
| Bulgarien | 18. Juli 1974 | 20. Februar 1977 |
| Burkina Faso | 1. Oktober 2003 B | 31. Oktober 2003 |
| Burundi* | 17. Dezember 1980 B | 16. Januar 1981 |
| Chile | 21. Januar 1977 B | 20. Februar 1977 |
| China* | 5. August 1987 B | 4. September 1987 |
| Hongkong | 6. Juni 1997 | 1. Juli 1997 |
| Macau | 13. Dezember 1999 | 20. Dezember 1999 |
| Costa Rica | 2. November 1977 B | 2. Dezember 1977 |
| Côte d'Ivoire | 13. März 2002 B | 12. April 2002 |

⁴ AS 1985 439, 1986 512, 1987 772, 1988 2076, 1990 1154, 2004 2985, 2005 4993, 2006 4205, 2008 621, 2009 3871, 2012 4205 und 2015 683.

Eine aktualisierte Fassung des Geltungsbereiches findet sich auf der Internetseite des EDA (www.eda.admin.ch/vertraege).

| Vertragsstaaten | Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) | | Inkrafttreten | |
|-------------------------|---|--------|---------------|------|
| Dänemark | 1. Juli | 1975 | 20. Februar | 1977 |
| Deutschland* ** | 25. Januar | 1977 | 24. Februar | 1977 |
| Dominica | 24. September | 2004 B | 24. Oktober | 2004 |
| Dominikanische Republik | 8. Juli | 1977 B | 7. August | 1977 |
| Dschibuti | 1. Juni | 2004 B | 1. Juli | 2004 |
| Ecuador | 12. März | 1975 | 20. Februar | 1977 |
| El Salvador* | 8. August | 1980 B | 7. September | 1980 |
| Estland | 21. Oktober | 1991 B | 20. November | 1991 |
| Fidschi | 15. Mai | 2008 B | 14. Juni | 2008 |
| Finnland* | 31. Oktober | 1978 | 30. November | 1978 |
| Frankreich* | 26. August | 2003 B | 25. September | 2003 |
| Gabun | 14. Oktober | 1981 B | 13. November | 1981 |
| Georgien | 18. Februar | 2004 B | 19. März | 2004 |
| Ghana* | 25. April | 1975 B | 20. Februar | 1977 |
| Grenada | 13. Dezember | 2001 B | 12. Januar | 2002 |
| Griechenland | 3. Juli | 1984 B | 2. August | 1984 |
| Guatemala | 18. Januar | 1983 | 17. Februar | 1983 |
| Guinea | 22. Dezember | 2004 B | 21. Januar | 2005 |
| Guinea-Bissau | 6. August | 2008 B | 5. September | 2008 |
| Guyana | 12. September | 2007 B | 12. Oktober | 2007 |
| Haiti | 25. August | 1980 B | 24. September | 1980 |
| Heiliger Stuhl* | 26. September | 2012 B | 26. Oktober | 2012 |
| Honduras | 29. Januar | 2003 B | 28. Februar | 2003 |
| Indien* | 11. April | 1978 B | 11. Mai | 1978 |
| Irak* | 28. Februar | 1978 B | 30. März | 1978 |
| Iran | 12. Juli | 1978 B | 11. August | 1978 |
| Irland | 30. Juni | 2005 B | 30. Juli | 2005 |
| Island | 2. August | 1977 | 1. September | 1977 |
| Israel* ** | 31. Juli | 1980 B | 30. August | 1980 |
| Italien** | 30. August | 1985 | 29. September | 1985 |
| Jamaika* | 21. September | 1978 B | 21. Oktober | 1978 |
| Japan | 8. Juni | 1987 B | 8. Juli | 1987 |
| Jemen (Aden)* | 9. Februar | 1987 B | 11. März | 1987 |
| Jordanien | 18. Dezember | 1984 B | 17. Januar | 1985 |
| Kambodscha | 27. Juli | 2006 B | 26. August | 2006 |
| Kamerun | 8. Juni | 1992 B | 8. Juli | 1992 |
| Kanada* | 4. August | 1976 | 20. Februar | 1977 |
| Kap Verde | 10. September | 2002 B | 10. Oktober | 2002 |
| Kasachstan | 21. Februar | 1996 B | 22. März | 1996 |
| Katar | 3. März | 1997 B | 2. April | 1997 |
| Kenia | 16. November | 2001 B | 16. Dezember | 2001 |
| Kirgisistan | 2. Oktober | 2003 B | 1. November | 2003 |
| Kiribati | 15. September | 2005 B | 15. Oktober | 2005 |

| Vertragsstaaten | Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) | Inkrafttreten |
|-------------------|---|--------------------|
| Kolumbien* | 16. Januar 1996 B | 15. Februar 1996 |
| Komoren | 25. September 2003 B | 25. Oktober 2003 |
| Kongo (Kinshasa)* | 25. Juli 1977 B | 24. August 1977 |
| Korea (Nord-)* | 1. Dezember 1982 B | 31. Dezember 1982 |
| Korea (Süd-) | 25. Mai 1983 B | 24. Juni 1983 |
| Kroatien | 12. Oktober 1992 N | 8. Oktober 1991 |
| Kuba* | 10. Juni 1998 B | 10. Juli 1998 |
| Kuwait | 1. März 1989 B | 31. März 1989 |
| Laos* | 22. August 2002 B | 21. September 2002 |
| Lesotho | 6. November 2009 B | 6. Dezember 2009 |
| Lettland | 14. April 1992 B | 14. Mai 1992 |
| Libanon | 3. Juni 1997 B | 3. Juli 1997 |
| Liberia | 30. September 1975 B | 20. Februar 1977 |
| Libyen | 25. September 2000 B | 25. Oktober 2000 |
| Liechtenstein* | 28. November 1994 B | 28. Dezember 1994 |
| Litauen* | 23. Oktober 2002 B | 22. November 2002 |
| Luxemburg* | 10. Mai 2006 B | 9. Juni 2006 |
| Madagaskar | 24. September 2003 B | 24. Oktober 2003 |
| Malawi* | 14. März 1977 B | 13. April 1977 |
| Malaysia* | 24. September 2003 B | 24. Oktober 2003 |
| Malediven | 21. August 1990 B | 20. September 1990 |
| Mali | 12. April 2002 B | 12. Mai 2002 |
| Malta | 11. November 2001 B | 11. Dezember 2001 |
| Marokko | 9. Januar 2002 B | 8. Februar 2002 |
| Marshallinseln | 27. Januar 2003 B | 26. Februar 2003 |
| Mauretanien | 9. Februar 1998 B | 11. März 1998 |
| Mauritius* | 24. September 2003 B | 24. Oktober 2003 |
| Mazedonien | 12. März 1998 N | 17. November 1991 |
| Mexiko | 22. April 1980 B | 22. Mai 1980 |
| Mikronesien | 6. Juli 2004 B | 5. August 2004 |
| Moldau | 8. September 1997 B | 8. Oktober 1997 |
| Monaco | 27. November 2002 B | 27. Dezember 2002 |
| Mongolei* | 8. August 1975 | 20. Februar 1977 |
| Montenegro | 23. Oktober 2006 N | 3. Juni 2006 |
| Mosambik* | 14. Januar 2003 B | 13. Februar 2003 |
| Myanmar* | 4. Juni 2004 B | 4. Juli 2004 |
| Nauru | 2. August 2005 B | 1. September 2005 |
| Nepal | 9. März 1990 B | 8. April 1990 |
| Neuseeland* | 12. November 1985 B | 12. Dezember 1985 |
| Cook-Inseln | 12. November 1985 B | 12. Dezember 1985 |
| Nicaragua | 10. März 1975 | 20. Februar 1977 |

| Vertragsstaaten | Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) | Inkrafttreten |
|--|---|--------------------|
| Niederlande a * ** | 6. Dezember 1988 B | 5. Januar 1989 |
| Aruba | 6. Dezember 1988 B | 5. Januar 1989 |
| Curaçao | 6. Dezember 1988 B | 5. Januar 1989 |
| Karibische Gebiete (Bonaire, Sint Eustatius und Saba) | 6. Dezember 1988 B | 5. Januar 1989 |
| Sint Maarten | 6. Dezember 1988 B | 5. Januar 1989 |
| Niger | 17. Juni 1985 B | 17. Juli 1985 |
| Nigeria | 25. September 2012 B | 25. Oktober 2012 |
| Niue | 22. Juni 2009 B | 22. Juli 2009 |
| Norwegen | 28. April 1980 | 28. Mai 1980 |
| Oman | 22. März 1988 B | 21. April 1988 |
| Österreich | 3. August 1977 B | 2. September 1977 |
| Pakistan* | 29. März 1976 B | 20. Februar 1977 |
| Palästina | 2. Januar 2015 B | 1. Februar 2015 |
| Palau | 14. November 2001 B | 14. Dezember 2001 |
| Panama | 17. Juni 1980 B | 17. Juli 1980 |
| Papua-Neuguinea | 30. September 2003 B | 30. Oktober 2003 |
| Paraguay | 24. November 1975 | 20. Februar 1977 |
| Peru* | 25. April 1978 B | 25. Mai 1978 |
| Philippinen | 26. November 1976 B | 20. Februar 1977 |
| Polen | 14. Dezember 1982 | 13. Januar 1983 |
| Portugal* | 11. September 1995 B | 11. Oktober 1995 |
| Ruanda | 29. November 1977 | 29. Dezember 1977 |
| Rumänien | 15. August 1978 | 14. September 1978 |
| Russland | 15. Januar 1976 | 20. Februar 1977 |
| San Marino | 16. Dezember 2014 B | 15. Januar 2015 |
| São Tomé und Príncipe | 12. April 2006 B | 12. Mai 2006 |
| Saudi-Arabien* | 1. März 2004 B | 31. März 2004 |
| Schweden | 1. Juli 1975 | 20. Februar 1977 |
| Schweiz* | 5. März 1985 B | 4. April 1985 |
| Senegal | 7. April 2006 B | 7. Mai 2006 |
| Serbien | 12. März 2001 N | 27. April 1992 |
| Seychellen | 29. Mai 1980 B | 28. Juni 1980 |
| Sierra Leone | 26. September 2003 B | 26. Oktober 2003 |
| Singapur* | 2. Mai 2008 B | 1. Juni 2008 |
| Slowakei | 28. Mai 1993 N | 1. Januar 1993 |
| Slowenien | 6. Juli 1992 N | 25. Juni 1991 |
| Spanien | 8. August 1985 B | 7. September 1985 |
| Sri Lanka | 27. Februar 1991 B | 29. März 1991 |
| St. Kitts und Nevis | 28. Juli 2008 B | 27. August 2008 |
| St. Lucia* | 12. November 2012 B | 12. Dezember 2012 |
| St. Vincent und die Grenadinen* | 12. September 2000 B | 12. Oktober 2000 |

| Vertragsstaaten | Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) | Inkrafttreten |
|--|---|-------------------|
| Südafrika | 23. September 2003 B | 23. Oktober 2003 |
| Sudan | 10. Oktober 1994 B | 9. November 1994 |
| Swasiland | 4. April 2003 B | 4. Mai 2003 |
| Syrien* | 25. April 1988 B | 25. Mai 1988 |
| Tadschikistan | 19. Oktober 2001 B | 18. November 2001 |
| Thailand* | 23. Februar 2007 B | 25. März 2007 |
| Togo | 30. Dezember 1980 B | 29. Januar 1981 |
| Tonga | 9. Dezember 2002 B | 8. Januar 2003 |
| Trinidad und Tobago* | 15. Juni 1979 B | 15. Juli 1979 |
| Tschechische Republik | 22. Februar 1993 N | 1. Januar 1993 |
| Tunesien* | 21. Januar 1977 | 20. Februar 1977 |
| Türkei | 11. Juni 1981 B | 11. Juli 1981 |
| Turkmenistan | 25. Juni 1999 B | 25. Juli 1999 |
| Uganda | 5. November 2003 B | 5. Dezember 2003 |
| Ukraine* | 20. Januar 1976 | 20. Februar 1977 |
| Ungarn | 26. März 1975 | 20. Februar 1977 |
| Uruguay | 13. Juni 1978 B | 13. Juli 1978 |
| Usbekistan | 19. Januar 1998 B | 18. Februar 1998 |
| Venezuela* | 19. April 2005 B | 19. Mai 2005 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 25. Februar 2003 B | 27. März 2003 |
| Vereinigte Staaten* | 26. Oktober 1976 | 20. Februar 1977 |
| Vereinigtes Königreich** | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Akrotiri und Dhekelia | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Anguilla | 16. November 1989 | 26. März 1987 |
| Bermudas | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Britische Jungferninseln | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Britisches Antarktis-Territorium | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Britisches Territorium im Indischen Ozean | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Falkland-Inseln und abhängige Gebiete (Südgeorgien und Südliche Sandwich-Inseln) | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Gibraltar | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Guernsey | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Insel Man | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Jersey | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Kaimaninseln | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Montserrat | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Pitcairn-Inseln (Ducie, Oeno, Henderson und Pitcairn) | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| St. Helena und Nebengebiete (Ascension und Tristan da Cunha) | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |
| Turks- und Caicosinseln | 2. Mai 1979 | 1. Juni 1979 |

| Vertragsstaaten | Ratifikation Beitritt (B) Nachfolge- erklärung (N) | Inkrafttreten | | |
|------------------------------|---|---------------|-------------|------|
| Vietnam* | 2. Mai | 2002 B | 1. Juni | 2002 |
| Zentralafrikanische Republik | 19. Februar | 2008 B | 20. März | 2008 |
| Zypern | 24. Dezember | 1975 B | 20. Februar | 1977 |

* Vorbehalte und Erklärungen.

** Einwendungen.

Die Vorbehalte und Erklärungen werden in der AS nicht veröffentlicht, mit Ausnahme jener der Schweiz. Die französischen und englischen Texte können auf der Internetseite der Vereinten Nationen: <http://treaties.un.org/> eingesehen oder bei der Direktion für Völkerrecht, Sektion Staatsverträge, 3003 Bern, bezogen werden.

^a Für das Königreich in Europa.

Erklärung

Schweiz⁵

Der Schweizerische Bundesrat interpretiert die Artikel 4 und 5 Absatz 1 des Übereinkommens dahingehend, dass die Schweiz die in den betreffenden Bestimmungen enthaltenen Verpflichtungen in dem vom Landesrecht gesetzten Rahmen erfüllt.

⁵ Art. 1 Abs. 1 des BB vom 29. Nov. 1984 (AS 1985 438)

